



# PROTOKOLL

---

**LANDKREIS**  
**ERDING**

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@ira-  
ed.de

Erding, 02.10.2008  
Az.:

## **2. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 24.09.2008**

### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Dieckmann, Ulla	i.V.v. KR Steinberger Friedrich
Fischer, Siegfried	i.V.v. KR Rübensaal Siegfried
Hofstetter, Franz Josef	
Jobst, Karl Heinz	
Kuhn, Günther	
Schlehuber, Anton	bis 17.20 Uhr
Schwimmer, Hans	bis 18.45 Uhr
Utz, Peter	
Vogl, Willi	
Ways, Rudolf	
Wiesmaier, Hans	

### **sowie als Vorsitzender:**

Landrat Martin Bayernstorfer

### **von der Verwaltung:**

Pelger Caroline  
Fischer Heinz  
Graßl Reiner  
Unterreitmeier Johann  
Helfer Helmut  
Mayer Elfriede (Protokoll)  
Centner Christina



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Ferner nehmen teil:**

Architekt Gruber und Herr Wirth von der Fa. kplan  
Herr Lehnert (Elektroplanung)  
Herr Baumann vom Ing. Büro Rücker + Schindele (Sanitär)  
Herr Semmler (Außenanlagen)  
Herr Posselt (Küchenplanung)  
Herr Kerfers vom Büro Lex-Kerfers (TOP 1.1)

Schulleiter Biller von der Berufsschule Erding und sein Stellvertreter  
Herr Schlemmer

Schulleiterin Schober vom Sonderpädagogischen Förderzentrum Dorfen (TOP 2)  
Architekt Burkhardt vom Architekturbüro Stadtmüller, Burkhardt (TOP 2)

Schulleiter Dr. Bendl vom neuen Gymnasium Erding zu TOP 1.1

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

## Tagesordnung

### **I. Öffentlicher Teil:**

1. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS  
Vorstellung der Ausführungsplanung  
Vorstellung der überarbeiteten Gesamtkostenberechnung  
Vorlage: 2008/0391
  - 1.1. Umgestaltung des Themenhofes
2. Schulen des Landkreises - Sonderpädagogisches Förderzentrum Dorfen  
Bestandsaufnahme, zusätzlicher Raumbedarf und Lösungsalternativen  
Vorlage: 2008/0394
3. Bekanntgaben und Anfragen
  - 3.1. Sonnenschutz am neuen Gymnasium
  - 3.2. Zeitplan FOS/BOS
  - 3.3. Zusätzlicher Container am neuen Gymnasium Erding

## I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 24.09.2008



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt **Kreisrat Kuhn**, welche Gründe es gebe, den Tagesordnungspunkt 5 „Schulen des Landkreises – Gymnasium an der Sigwolfstraße, Vandalismusschäden“ nichtöffentlich zu behandeln.

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Utz** merkt an, auch er habe diese Frage stellen wollen.

**Herr Fischer** antwortet, nachdem es eine offene Diskussion geben solle, könnten auch persönliche Dinge des Schulleiters zur Sprache kommen.

**Der Vorsitzende** ergänzt, es gebe die Möglichkeit, einen Teil öffentlich zu beraten. Persönliche Dinge, die den Schulleiter betreffen, müssten nichtöffentlich besprochen werden. Eine Abstimmung sei dann beim Tagesordnungspunkt 5 erforderlich.

### 1. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS Vorstellung der Ausführungsplanung Vorstellung der überarbeiteten Gesamtkostenberechnung Vorlage: 2008/0391

**Der Vorsitzende** begrüßt die Herren von der Fa. kplan. Architekt Gruber werde die Ausführungsplanung vorstellen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Fotos für die Dokumentation gemacht werden sollen. Damit erklären sich alle einverstanden.

**Architekt Gruber** merkt an, die Entwurfsplanung sei bereits ausführlich den Ausschussmitgliedern vorgestellt worden. Heute werde er Teile der Ausführungsplanung und wesentliche Details zeigen. Im Wesentlichen sollen die Qualitäten bei der Fassade, bei den Bodenbelägen, Wandbelägen usw. bestimmt werden. Er zeigt eine Außenansicht des Gebäudes und einen Ausführungsplan des Erdgeschoßes. Dabei sei zu sehen, dass sich die Struktur des Gebäudes gegenüber dem Entwurf sehr wenig geändert habe. Relativ viel habe sich im Küchenbereich geändert, weil die Ausführung einer Vollküche beschlossen worden sei. Herr Posselt werde zum Standard und zur Ausstattung der Küche noch Näheres erklären. Alle anderen Bereiche seien verfeinert und weiter ausgearbeitet worden.

Architekt Gruber zeigt eine Veränderung zum Entwurf. Im Atrium sei ein Teil von der Verglasung des Daches genommen worden. Nach langen Recherchen und Untersuchungen sei festgestellt worden, dass das Dach einen erheblichen Energieeintrag habe und es zu Hitzeproblemen kommen könnte. Es sei zwar eine Verschattung geplant gewesen. Letztendlich sei interessant gewesen zu erfahren, dass die Lichtausbeute annähernd gleich sei, wenn etwa 60 % des Daches oben geschlossen würde. Es sei nun geplant, nur einen Lichtstreifen über der Treppe und die Öffnung nach Süden zu machen, wo ein Sonnenschutz angebracht



werden könnte. Im Norden wäre ein kleines Oberlicht. Im Weiteren zeigt er die Lüfter, die schon vorgestellt worden sind, die die Nachtauskühlung vorantreiben und die verbrauchte Luft aus den Klassenzimmern ziehen. Es sei geplant, diese Lüfter als Schirm zu machen und eine Beleuchtung unterzubringen. Die Schirme sehen so aus, als wären es überdimensionale Lampenschirme.

Weiter zeigt er einen Fassadenschnitt und die Konstruktion. Es sei lange überlegt und mit verschiedenen Fassadenherstellern geprüft worden, ob mit Fertigelementen gearbeitet werden sollte. Es sei festgestellt worden, dass es aber tatsächlich relativ teuer wäre, alles in Fertigteilen herzustellen, weil gerade der massive Paneelanteil teuer sei. Nun sei geplant, die Betonstruktur homogen weiter zuziehen und nur die großen Fassadenöffnungen zu machen und den Rest mit Wärmedämmung zu verkleiden. Das besondere sei, dass die Wärmedämmung ca. 30 cm stark sein werde.

Büro des Landrats  
BL

Zur Verglasung erklärt er, nach reichlichen Überlegungen sei nun geplant, ein Pfostenriegelsystem zu nehmen, ähnlich wie am neuen Gymnasium. Aufgrund des engen Kostenrahmens hätten normale Fenster genommen werden müssen. Tatsächlich sei es aber so, dass bei einem Passivhausstandard eine extrem hochwertige Verglasung notwendig sei. Bei einem normalen Fenstersystem sei der Rahmenanteil wesentlich größer, als bei einem Pfostenriegelsystem. Insofern werde das Pfostenriegelsystem eingesetzt. Dabei gebe es die Möglichkeit, dass das Glas nicht ganz so hochwertig sein müsse, wie bei einem normalen Fenster. Dadurch ergebe sich fast derselbe Preis. Das sei mit Herstellern bereits geprüft worden.

Weiter zeigt er die Fassade von Süden her. Er zeigt die Pfostenriegelkonstruktion und dazwischen die Paneele aus Faserzementplatten. Es sei eine helle Schalung vorgesehen. Die Fenster sollen als dunkles Band wirken. Die Bereiche, wo keine Fenster seien, sollen mit dunklen Platten versehen werden, um eine Art Bandcharakter zu bekommen. Davor gestellt sei die Stahlkonstruktion für den Fluchtbalkon. Weiter zeigt er die Ansicht im Haupteingang.

**Der Vorsitzende** stellt fest, Architekt Gruber würde vorschlagen, die Holzverschalung quer anzubringen.

**Architekt Gruber** antwortet, in den bisherigen Darstellungen sei die Verschalung immer horizontal gewesen. Am neuen Gymnasium sei aufgrund mehrerer Besichtigungen damals eine vertikale Verschalung erfolgt. 50 – 60 % aller Holzverschalungen werden horizontal gemacht. Diese würde auch beim Neubau FOS/BOS möglich sein. Das Problem bei der Verschalung sei immer die Lattung dahinter. Er denke, eine senkrechte Verschalung würde dem Entwurf nicht wehtun. Er habe sich mit seinen Kollegen lange mit der Befestigungsart der Schalung beschäftigt. Die Schwierigkeit sei, dass mit dem Passivhaus ganz andere Maßstäbe gesetzt werden. Es könne mit normalen Aluminiumbefestigungssystemen nicht gearbeitet werden. Es sei berechnet worden, dass diese Befestigungspunkte den Wärmestandard schwächen. Es wäre eine einfache Ausführung geplant mit zwei Latten und einem dünnen



Sperrholzbrett, die Matten würden zwischen diese Ständer hinein geschoben.

**Kreisrat Schlehuber** merkt an, er hätte Bedenken mit der Sperrholzunterkonstruktion und den zwei Latten. Er denkt, die Sperrholzbretter müssten senkrecht stehen.

**Architekt Gruber** antwortet, auf dieses Sperrholzbrett würde nochmals eine Lattung kommen. Diese Art wäre hilfreich, weil die großen Dämmmatten perfekt untergebracht werden können.

Büro des Landrats  
BL

Weiter zeigt er den Fluchtbalkon, der vor die Fassade gestellt werden müsse, damit es keine Verletzung der Dämmung gebe.

**Kreisrätin Dieckmann** fragt, ob auch ein Sonnenschutz vorgesehen sei, weil die Erfahrung am neuen Gymnasium zeige, dass der Sonnenschutz hier nicht ausreichend sei.

**Architekt Gruber** antwortet, es sei ein Sonnenschutz direkt an den Fenstern vorgesehen. Die Fluchtbalkone verschatten zusätzlich, wenn die Sonne senkrecht stehe.

**Kreisrat Hofstetter** fragt, wenn die Holzschalung an der Fassade senkrecht gemacht würde, ob sich dann die Ansicht des Gebäudes nicht komplett ändere, weil der Teil unter den Fenstern sehr gering sei.

**Architekt Gruber** sagt, er habe beide Varianten im Entwurf schon überlegt. Es sei ein Punkt der Überlegung für eine horizontale Lattung gewesen, weil dies die schmalste Stelle sei und eine vertikale Schalung eventuell ungünstiger sei.

Weiter zeigt er anhand der Präsentation das Atrium, eine Klasse, die Verwaltung und Sanitärräume. Weiter zeigt er die gesamte Struktur der Schule vom Untergeschoß bis zum 2. Obergeschoß. Es sei ein einfaches Farbkonzept geplant. Der Boden (grüner Linoleumboden) sollte in den Hauptbereichen fast überall gleich sein (Atrium, Klassen und Fachklassen), die Wände sollen in fast weiß gestrichen werden. Zusätzlich zu diesem Farbkontrast seien massive Brüstungen geplant, die eine Holzauflage in Eiche haben. Er zeigt im Atrium die schon eingangs erwähnten Leuchten. Die Lüfter würden mit einem größeren Schirm verkleidet und würden als Beleuchtung dienen.

**Kreisrat Hofstetter** fragt, ob die Betonwände behandelt werden.

**Architekt Gruber** erklärt, die Wände würden gespachtelt und weiß gestrichen, um eine helle Optik zu haben. Es könnte überlegt werden, z.B. die Flurwände, wenn die Betonqualität gut sei, in Natur zu belassen. Im Prinzip sei angedacht, die Wände zu spachteln und zu streichen.

**Kreisrätin Dieckmann** meint, die Schüler wünschen sich Farbe in den Schulen.



**Architekt Gruber** antwortet, es sei lange überlegt worden, ob die Wände bunt gemacht werden sollen. Im Prinzip wäre der Vorschlag aber eine konsequente Lösung.

**Kreisrätin Dieckmann** fragt, ob der Linoleumboden auch im Eingangsbereich verlegt werden soll. Sie denkt, dass die Abnutzung stark sein werde.

**Architekt Gruber** antwortet, Linoleumbelag würde auch im Eingangsbereich verlegt werden. Es seien außen erst Gitter und ein Sauberlaufbereich vorgesehen. Eine Abnutzung werde durch die Sauberlaufzone nicht so groß sein. Er weist auch darauf hin, dass auf das Budget geachtet werden müsse. Andere Möglichkeiten seien geprüft worden, die aber deutlich teurer seien.

Weiter zeigt er einen Klassenraum: der Boden grün, die Wände weiß, Fensterbänke und Türen in Eiche. Die Deckensegel (Heraklitplatten) seien akustisch notwendig.

**Kreisrat Schlehuber** äußert Bedenken bei den Fensterbänken in Eiche, weil die Schüler oft Namen einritzen, usw. Er würde Natursteinplatten bevorzugen.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass Schüler mit Steinen auch Sicherheitsscheiben einwerfen und der Landkreis am neuen Gymnasium einen Glasschaden von rd. 38.000 € habe.

**Architekt Gruber** verweist auf das enge Budget und sagt, dass Natursteinplatten teurer seien.

**Der Vorsitzende** wünscht zu prüfen, ob es preislich identische Alternativen gebe.

**Architekt Gruber** zeigt den Bereich WC. Es seien ein relativ dunkler Fliesenboden, leicht graumelierte Wandfliesen und abgehängte Decken vorgesehen.

**Herr Posselt** erklärt den Küchenbereich. Eine Rückwand trenne den eigentlichen Küchenbereich von der Essensausgabe ab. Der ganze Bereich bestehe aus dem Ausgabebereich, der Produktionsküche mit den Abstellflächen, aus einem abgeschlossenen Spülbereich mit einer Spülmaschine und als Raumtrenner ein Schrank als Geschirrlager, der von beiden Seiten bedienbar sei. Die Bestückung des Kochblocks sei Standard (2 Kombidämpfer, 4 Kochstellen, Doppelfriteuse). Er zeigt den Bereich der Kühlräume und Lagerräume. Er weist darauf hin, dass von der Küche ein guter Zugang zum Cafe geplant sei. Bei Veranstaltungen sei somit die Versorgung aus der Küche gewährleistet.

**Der Vorsitzende** fragt, welche Kosten für den Bereich Küche veranschlagt worden sind.

**Herr Posselt** sagt ca. 120.000 €

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Wiesmaier** fragt, ob die Installation mit eingerechnet sei.

**Herr Wirth** antwortet, für die Küchentechnik, Lüftung, etc. seien 90.000 € zusätzlich erforderlich.

**Architekt Gruber** erklärt, es sei eine „Aufwärmküche“ geplant gewesen, die auch schon relativ hohe Kosten verursacht hätte.

**Herr Posselt** merkt an, bei Gymnasien werden überwiegend Produktionsküchen geplant.

**Kreisrätin Dieckmann** findet den Plan sehr gut, weil oft die Küchen an den Schulen zu klein seien.

**Der Vorsitzende** betont, wenn die Küchen genutzt werden, sei das in Ordnung. Oft werden aber die Küchen nicht entsprechend genutzt.

**Herr Posselt** merkt weiter an, für den eigentlichen Küchenbereich seien ca. 60 qm und für den Lagerbereich 20 qm eingeplant, insgesamt ca. 110 qm. Dies sei bisher die größte Küche, von den drei Küchen im Landkreis die in einer Schule geplant worden sei.

**Kreisrat Wiesmaier** fragt, nachdem sich auch die Berufsschule und das Gastrozentrum in der Nähe befinden, ob es eine völlig autarke Situation sei.

**Herr Posselt** antwortet, vom Einrichtungskonzept her sei die Küche vollkommen autark und völlig unabhängig.

**Kreisrat Hofstetter** fragt, wie viel Essen produziert werden können. Das sei bei der letzten Konzeptvorstellung auch schon gefragt worden.

**Herr Posselt** erklärt, die Antwort sei schwierig, das hänge von der Qualität des Essens ab. Wenn z.B. „Pasta“ gemacht werden können vielleicht 1.000 Essen hergestellt werden. Bei einem aufwändigen Essen mit zwei oder drei Beilagen können vielleicht 200 bis 300 Essen hergestellt werden. Die Küche sei mit Sicherheit für 300 Essen gut ausgelegt.

**Kreisrat Hofstetter** weist darauf hin, dass ca. 700 Schüler an der FOS/BOS sein werden.

**Der Vorsitzende** berichtet, Herr Badmann stelle 300 bis 350 Essen am neuen Gymnasium her. Der Raumbedarf sei ca. ein Drittel von dem an der neuen FOS/BOS. Er denkt, dass schon ein deutliches Potential vorhanden sei.

**Architekt Gruber** ergänzt, das Konzept sei mit Herrn Badmann abgesprochen und genau auf die Bedürfnisse zugeschnitten worden. Nach Aussagen von Herrn Badmann sei der Raumbedarf ausreichend.

Zur Elektroplanung erklärt Architekt Gruber, es sei der Standard eingesetzt worden: normale Schalter, Steckdosen, einfache Steckdosen



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

im Technikbereich, Präsenzmelder, die bedarfsorientiert montiert werden, usw. Er zeigt Lampen für die Technikräume, die eine sehr gute Energieausbeute haben. Er zeigt Einbauleuchten, die für die abgehängten Decken genommen werden (Lagerräume, Abstellräume, usw.).

Im WC-Bereich werden auch Einbauleuchten verwendet und zusätzlich Leuchten über den Waschtischen angebracht. In den Klassenzimmern werden die Leuchten in den Deckensegeln integriert. Er zeigt eine Tafelbeleuchtung. Dazu erklärt er, es sei ein System mit drei Linien gewählt worden, dass je nach Tageslicht Lampen zugeschaltet werden können.

Zum Atrium hin gebe es eine hohe Installationsdichte mit Downlights, Revisionsöffnungen, Präsenzmeldern, usw. In die gelochte Gipskartondecke werden Downlights eingebaut. Er zeigt eine Spezialleuchte, die im Bereich der Treppen geplant sei, eine einfache Röhre mit Abdeckung.

Er zeigt ein Muster für die Außenbeleuchtung. Am Parkplatz gebe es eine relativ dichte Bepflanzung mit den Bäumen.

**Der Vorsitzende** fragt, welche Beleuchtung jetzt an der Zufahrtsstraße „Am Irlanger“ sei. Er schlägt vor, die gleiche Beleuchtung wieder zu nehmen.

**Herr Semmler** antwortet, das gezeigte Modell sei ähnlich. Die Leuchten „Am Irlanger“ seien nicht mehr im Angebot.

**Architekt Gruber** ergänzt, es sei versichert worden, dass das vorgestellte Modell preisgünstig sei und sehr zeitlos und sich unauffällig in den Baumbestand integrieren lasse. Er denkt, es sei wichtig, dass die Leuchten im Bereich des Parkplatzes keine große Aufmerksamkeit erregen, sondern sich unterordnen.

Weiter zeigt er Leuchten, Lichtstehlen, die vor dem Gebäude (Pausenhof, Eingangsbereich) installiert werden sollen.

**Der Vorsitzende** fragt, was eine Straßenleuchte für den Parkplatz koste.

**Herr Semmler** antwortet, ca. 1.000 € pro Stück. Das gezeigte Modell sei das Nachfolgemodell der Lampen „Am Irlanger“.

Weiter zeigt **Architekt Gruber** ein Muster von einem automatischen Rauchmelder. Er sagt, wichtig sei, dass diese Rauchmelder, Präsenzmelder, usw. so unauffällig wie möglich installiert werden.

Er merkt an, Herr Baumann habe einen Katalog vom Sanitärzubehör zusammengestellt. Es seien Standardwaschbecken, WC, Ausgussbecken in den Putzräumen, Seifenspender, Handtuchhalter, Papierkörbe, usw. ausgesucht worden. Architekt Gruber merkt an, er hätte gerne eine andere Ausführung bei den Waschbecken gehabt, aber Herr Baumann habe ihm gesagt, dass einfache und kostengünstige Materialien ausgewählt werden müssen.



Weiter zeigt er den Quellauslass für die Lüftung. An den Außenwänden sei die Lüftung untergebracht, es gebe keine Heizkörper mehr. Die Quellauslassung werde über kleine Schächte in der Fassade gezogen und über

überströmende Elemente ins Atrium weitergeleitet und vom Atrium wieder verwendet. Die Quellauslassung gehe über die ganze Länge der Brüstung. Zusätzlich gebe es Wandheizelemente, Heizschlangen mit einer weißen Streckmetallabdeckung.

Weiter zeigt er ein Beispiel der Fußbodenheizung.

**Herr Semmler** merkt an, es gebe mittlerweile Neuigkeiten zur Lärmschutzwand im Bereich zu den Anwohnern hin. Heute Vormittag habe ihn Frau Friedemann (Kreisfachberaterin am Landratsamt) angerufen und mitgeteilt, dass die vorgeschlagene begrünte Wand (Stahlgerüst mit Erde befüllt und begrünt), aus pflegetechnischen Gründen nicht gewünscht werde. Sie würde eher eine Holzkonstruktion oder Betonholzkonstruktion bevorzugen.

**Der Vorsitzende** betont, dass die Entscheidung der Ausschuss zu treffen habe.

Weiter zeigt **Herr Semmler** die große Stellplatzanlage mit insgesamt 208 Stellplätzen, den Eingangsbereich West und Ost, den Vorplatz zwischen FOS/BOS und dem Gastrozentrum und den großen Pausenhof.

**Der Vorsitzende** fragt, ob die erforderliche Anzahl der Stellplätze geklärt worden sei. Es sei in der Sitzung gesagt worden, dass die Grünanlagen und die erforderlichen Bäume zwischen den Parkplätzen angebracht werden sollen. Er fragt, ob dafür Stellplatzreihen entfernt worden sind.

**Herr Semmler** merkt an, die Stellplätze seien durchgehend ohne Pflanzinseln und die Bäume nun hinten mittig in den Grünflächen geplant. Nach der ursprünglichen Stellplatzsatzung wäre nach jedem 5. Stellplatz eine Bepflanzung vorzusehen gewesen. Es sei keine Stellplatzreihe entfernt worden.

**Architekt Gruber** ergänzt, dass bei der ersten Planung nicht ausreichend Stellplätze hätten geschaffen werden können. Mit der jetzigen Planung haben zusätzliche Parkplätze gewonnen werden können.

**Herr Semmler** ergänzt, bei einem Gespräch mit der Stadt Erding sei angedacht gewesen, noch eine zusätzliche Spange und eine vierte Zufahrt zu bauen, doch das sei aus Platzgründen nicht zu verwirklichen.

**Kreisrat Schlehuber** fragt, wie viele Lampen auf dem Parkplatz vorgesehen seien.

**Der Vorsitzende** wünscht, sorgsam mit der Bestückung der Lampen umzugehen.



**Herr Semmler** sagt, es sei eine bestimmte Beleuchtungsstärke für den fußläufigen Bereich erforderlich.

**Der Vorsitzende** fragt, ob der Bereich ein öffentlicher Straßenbereich sei oder ein privater Weg.

**Herr Semmler** sagt, die Fläche sei halböffentlich. Bei festgelegten Nutzungszeiten wäre es möglich, die Beleuchtung außerhalb der Nutzungszeiten abzuschalten.

**Kreisrat Vogl** merkt an, in der Ferienausschusssitzung des Stadtrates sei angeregt worden, dass der Radweg entlang der Siglfinger Straße fortgeführt werden sollte.

**Der Vorsitzende** antwortet, dies sei eingeplant.

**Herr Semmler** ergänzt, der Abstand vom letzten Stellplatz bis zum Straßenrand seien ca. 3 m. Es werde pro Spange eine Lampenreihe im Abstand von etwa 14 m erforderlich sein.

**Kreisrat Fischer** denkt, die Beleuchtung sollte so geplant werden, dass sie ausreichend sei.

**Der Vorsitzende** sagt, der Bedarf sollte genau gerechnet werden. Er weiß, dass bei Straßen die Entfernung von Lampe zu Lampe ca. 25 m sei.

**Herr Semmler** weist darauf hin, dass die Leuchten eine Stärke von 5 Lux haben müssen, daraus ergebe sich der Bedarf.

**Kreisrat Ways** denkt, entscheidend wird sein, dass der Bereich richtig ausgeleuchtet werde. Zu überlegen wäre eine Abschaltung, wenn die Beleuchtung nicht mehr gebraucht werde.

**Der Vorsitzende** sagt, das Problem sei, dass in der Nacht der Strom vorhanden sei, weil die Kraftwerke eine Mindestleistung brauchen, damit das Leitungsnetz in der Spannung erhalten bleibe. Bezüglich der Stromkosten sei es etwas anders, aber deswegen müsse nicht weniger Strom produziert werden.

Weiter zeigt **Herr Semmler** den Plattenbelag mit einem Format 40 x 40 cm, 12 cm stark, in der Farbe Granit hellgrau, für den Vorplatz und den Pausenhofbereich, damit auch Pflegefahrzeuge und die Feuerwehr darauf fahren können.

Weiter zeigt er den Belag für die Stellplätze, betongraues Pflaster, 20 x 20 cm mit Fugen von 10 bis 12 mm, die mit Splitt aufgefüllt werden, damit ein Grossteil des Niederschlagswassers gleich versickern könne.

Weiter zeigt er ein Beispiel für Einfassungen im Bereich des Pausenhofes, eine Metalleinfassung für die Plattenbeläge. Die Stellplätze werden mit normalen Betonborden eingefasst, bündig, damit das Wasser in die Grünflächen abfließen könne.



Weiter zeigt er ein Beispiel der Schlitzrinne mit einem Einlaufschlitz von 18 mm und einer Reinigungsöffnung, die im Pausenhofbereich und im Vorplatzbereich angebracht werde. Die Stellplätze entwässern oberirdisch.

Weiter zeigt er ein Beispiel für die Versickerungsanlage. Das Niederschlagswasser von den Dächern, vom Pausenhof, dem Vorplatz und der nördlichen Umfahrt erfolge über unterirdisch eingegrabene Rigolen.

Weiter erklärt er, wasserrechtlich sei erforderlich, dass das Niederschlagswasser von Verkehrsflächen, das versickern solle, über Lamellenklärer geleitet werden müsse und erst dann in die Rigole eingeleitet werden dürfe.

**Kreisrat Schwimmer** fragt, ob eine Vorklärung zwingend vorgeschrieben sei.

**Herr Semmler** antwortet, bei Beantragung der wasserrechtlichen Erlaubnis sei der Vordruck N 153 auszufüllen. Die direkte Einleitung ohne Vorreinigung von Dachrinnen in Rigolen sei nicht erlaubt.

Weiter zeigt er ein Muster von Abfalleimern, die im Außenbereich vorgesehen seien. Er zeigt Sitzmöglichkeiten, rechteckige Quader aus reinem Sichtbeton für den Pausenhofbereich, die zentral um die Grüninseln angeordnet werden. Dazu zeigt er drei Fotos von Bepflanzungsvorschlägen für die große Stellplatzanlage und den Pausenhofbereich und zeigt ein Beispiel für die Bepflanzung der beiden Lichtgräben mit Bodendeckern. Punktuelle sollen große Sträucher gesetzt werden, um das lange Band von ca. 80 m zu unterteilen.

**Kreisrat Utz** denkt, es wäre besser, wenn die Sitzquader aus Holz wären. Beton sei sehr kalt und werde von den Schülern oft beschmiert, usw.

**Herr Semmler** antwortet, die Erfahrung zeigt, dass Holz ziemlich schnell verwittere und faule.

**Architekt Gruber** denkt, eine Auflage aus Holz wäre denkbar. Er weist darauf hin, dass viele Dinge dann z.B. mit einem Latexanstrich versehen werden müssten, damit Schüler nichts beschmieren können, usw. Es werde versucht, das Ganze möglichst robust zu machen.

**Kreisrat Ways** schlägt Sitzmöglichkeiten aus Metall vor.

**Herr Semmler** denkt, bezüglich der Pflege sei es kein großer Unterschied zwischen Beton- oder Metallbänken. Der Aufwand sei identisch.

**Der Vorsitzende** denkt, es sollte generell darauf geachtet werden, dass vorzugsweise unempfindliches Material verwendet werde.

**Kreisrat Wiesmaier** meint, es sollte nicht alles bis zuletzt installiert werden. Es sollte den Nutzern auch die Möglichkeit gegeben werden, bei Bedarf noch nachzurüsten, wenn noch etwas fehle oder irgendwo hinpasse.



**Der Vorsitzende** ergänzt, eine Möglichkeit wäre auch, dass der Förderverein Bänke aufstelle, usw.

Er erklärt, bei dem Projekt seien von Anfang an nicht nur die Schulleiter eingebunden, sondern auch die Lehrer-, Elternvertreter und Schüler begleiten in Projektgruppen das Ganze mit. Die umfangreiche Beteiligung sei sehr zeitaufwändig. Auch bei den anderen Schulbauten waren die Schulleitungen mit eingebunden, aber nicht in dem Maße wie bei diesem Projekt.

Weiter erklärt **Herr Wirth**, der letzte Stand der Kosten waren rd. 16,6 Mio €. Es haben sich geringfügige Änderungen im Bereich der EDV ergeben. Die EDV-Einrichtung koste nun ca. 155.850 € netto. Mit aufgenommen worden sind die Grunderwerbskosten mit brutto 1.384.000 €. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rd. 18.023.000 €.

**Der Vorsitzende** betont, die Grunderwerbskosten seien bisher nicht eingeplant gewesen. Der Vollständigkeit halber sollten diese Kosten eingerechnet werden.

**Herr Stephan** vom Landratsamt Ebersberg fragt nochmals nach der Gesamtsumme.

**Der Vorsitzende** betont, es habe sich gegenüber der bisherigen Kostenschätzung nicht viel verändert. Die Kostenmehrung ergebe sich ausschließlich im EDV-Bereich.

**Herr Wirth** erklärt, ursprünglich waren ca. 120.000 € bis 130.000 € für die EDV-Einrichtung eingeplant. Nun ergebe sich eine Summe von 155.850 €.

**Schulleiter Biller** möchte zu einzelnen Dingen etwas sagen. Er denkt, die Holzfassade sei Geschmacksache. Ein wichtiger Punkt dabei sei jedoch der Holzschutz. Architekt Gruber habe gesagt, das Gebäude könnte eine senkrechte Verschalung „verkräften“, aber er würde sich eigentlich für die waagrechte Verschalung aussprechen. Schulleiter Biller sagt, auch ihm würde die waagerechte Verschalung besser gefallen. Er sei am vergangenen Samstag bei der Einweihung der FOS/BOS in Fürstenfeldbruck eingeladen gewesen. Dabei habe er die waagerechte Verschalung gesehen, die auf ihn einen sehr guten Eindruck gemacht habe.

**Der Vorsitzende** erinnert, vor dem Bau des neuen Gymnasiums habe der Bauausschuss verschiedene Holzverschalungen (in Riem und Weihenstephan) besichtigt und habe sich für Fichte mit Aglaia behandelt, entschieden, weil festgestellt worden sei, dass das Holz dann der Witterung nicht so ausgesetzt sei. Durch eine Behandlung mit Aglaia werde das Holz silbrig grau und der Verwitterungsprozess sei nicht so extrem sichtbar. Er denkt, früher seien Holzverschalungen immer senkrecht vorgenommen worden. Wenn aber die allgemeine Meinung besteht, dass die waagerechte Verschalung schöner sei, habe er damit kein Problem.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Architekt Gruber** ergänzt, ihm gefalle die Verschalung am neuen Gymnasium sehr gut. Er denke, beide Macharten haben ihre Berechtigung. Er werde nochmals die Vor- und Nachteile prüfen.

**Schulleiter Biller** möchte zum Atrium und der Pausenhalle wissen, weil in diesem Bereich auch Veranstaltungen stattfinden sollen, ob eine Bühne, Bühnenbeleuchtung und die Installation für Medien vorgesehen seien. Es sollte eine feste Installation vorgesehen werden.

Weiter wäre ihm wichtig, dass Handtuchspender gewählt werden, die dann auch an der Berufsschule und am Gastrozentrum eingeführt werden, weil die Bestückung für den Hausmeister einfacher wäre. Derzeit gebe es an der Berufsschule und am Gastrozentrum Papierhandtuchspender, mit denen er nicht zufrieden sei. Diese Papierhandtücher werden, wenn der Behälter nicht mehr ganz voll sei, oft stoßweise herausgezogen. Er würde Papierrollenabreißspender bevorzugen. Natürlich müsse der Preis noch geklärt werden.

Weiter weist er darauf hin, dass früher der Parkplatzbereich noch Außenbereich war. Mittlerweile gebe es ringsum die Einkaufsmärkte. Er frage, ob daran gedacht worden sei, unter Umständen vorzusehen, dass keine Fremdparker auf den Parkplätzen parken.

Zur Beleuchtung merke er an, derzeit sei es so geregelt, dass an Nichtverkehrsflächen die Beleuchtung mit einem Dämmerungsschalter abgeschaltet werde. Er befürchte Vandalismusschäden, wenn die Beleuchtung an den Parkplätzen abgeschaltet würde. Er bitte darüber nochmals nachzudenken.

Bei den Abfallbehältern sollte auch das Gesamtkonzept beachtet werden und der derzeitige Stand mit dem Sachgebiet Abfallwirtschaft besprochen werden.

Weiter merke er an, wenn Sitzplätze vorgesehen werden, sollten Sitzplätze gewählt werden, die nicht vermoosen. Sitzbänke aus Stahl, etc. seien wärmer als ein Betonklotz.

Ansonsten gefalle ihm das Konzept sehr gut. Beim Parkplatz bitte er um die Verlegung von Verbundsteinen.

**Architekt Gruber** erklärt, den Bereich Holzfassade werde er nochmals mit Fachleuten besprechen und prüfen und den Vorschlag dem Ausschuss zur Entscheidung vorlegen.

**Kreisrat Schlehuber** denke, eine waagrechte Verschalung sei bestimmt schön. Wenn er sich aber diesen langen Baukörper mit einer waagrechten Verschalung vorstelle, sei dies vielleicht nicht so ideal, es sollte dann eine Unterteilung vorgenommen werden.

**Architekt Gruber** merke an, eigentlich war geplant, den langen Körper durch eine horizontale Schalung zu betonen.



**Kreisrat Ways** gefällt auch die waagerechte Verschalung, jedoch sollte ein Holzschutz gewährleistet sein.

**Der Vorsitzende** erklärt, das Für und Wider der Holzverschalung sei zu prüfen. Ein Vorschlag werde erneut dem Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt. Er fragt nach der Farbe der Holzverschalung.

**Architekt Gruber** sagt, die Farbe wäre ganz hell, fast grau.

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** empfiehlt zu prüfen, ob die Behandlung des Holzes mit Aglaia sein könnte. Er empfiehlt, keine Farbe zu verwenden.

**Herr Wirth** merkt zur Frage von Schulleiter Biller an, es sei ein Betrag von 25.000 € für eine Bühneneinrichtung mit Podest und Beleuchtung vorgesehen.

**Architekt Gruber** merkt an, dass die Installation dafür vorgesehen werde.

**Herr Wirth** meint, es sollte nochmals geprüft werden, welche Handtuchspender vorgesehen werden.

**Herr Semmler** merkt zu den Parkplätzen an, ein Fremdparken werde nicht verhindert werden können. Es könnte eine Beschilderung angebracht werden. Bei einer Schranke müsste jeder Zugangsberechtigte eine entsprechende Karte bekommen. Das sei schwierig.

**Der Vorsitzende** denkt, dass am Morgen überwiegend die Schüler parken werden. Umgekehrt könnten auch die Schüler auf dem Parkplatz des Supermarktes parken.

**Schulleiter Biller** fragt, ob vielleicht ein Lehrrohr für eine Schranke gelegt werden könnte. **Der Vorsitzende** sagt, das sollte geprüft werden.

**Herr Wirth** erinnert, die Beleuchtung an den Parkplätzen sollte nochmals geprüft und die Sitzbänke überplant werden. **Der Vorsitzende** sagt, es sollte keine dunklen Ecken geben.

**Kreisrat Jobst** möchte wissen, ob die in der Kalkulation angesetzten 16 % Pauschalen für die Baunebenkosten pauschal angesetzt worden sind.

**Herr Wirth** antwortet, diese seien so durchkalkuliert worden.

**Kreisrat Jobst** merkt weiter an, in der Position 1.2 der Vorlage „Erwerb (Vermessung, Gerichtsgebühren, usw.) sei kein Betrag eingesetzt worden.

**Herr Wirth** merkt an, er habe von Herrn Helfer (Kämmerei) die Erwerbskosten insgesamt mit einem Betrag von 1.384.000 € genannt bekommen.

**Der Vorsitzende** ergänzt, der Erwerb des Grundstückes sei schon längst erfolgt und die Grunderwerbskosten im Grundstückspreis enthalten.



**Kreisrat Kuhn** erinnert, es sei bei der letzten Vorstellung angesprochen worden, zur Verschattung und Produktion von Strom eine Photovoltaikanlage im Atriumbereich anzubringen.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** antwortet, es sei dazu heute eine Kopie des Schreibens der Deutschen Bundesstiftung Umwelt vom 27.08.2008 an die Ausschussmitglieder verteilt worden. Der Vorsitzende verweist auf die Aussage von Kreisrat Kuhn in der Kreistagssitzung am 30.06.2008. Er verliest: „Kreisrat Kuhn merkt an, in der Kreisausschusssitzung am 10.06. sei zum Bau der FOS/BOS bezüglich der Einrichtung einer Photovoltaikanlage gesagt worden, dass es bei einer Einrichtung eventuell Probleme mit den Zuschüssen geben könnte. Er habe sich daraufhin bei der DBU erkundigt und ihm sei gesagt worden, dass die DBU den Bau von Photovoltaikanlagen unterstütze und auch erneut fördere. Hierzu habe es auch eine Anfrage vom Erdinger Umweltreferenten gegeben.“ Der Vorsitzende sagt, er würde um den Ansprechpartner bei der DBU bitten, denn diese Aussage könne so nicht gehalten werden.

Die Verwaltung habe die Auskunft bekommen, Standard PV-Anlagen werden nicht gefördert, außer es seien innovative Projekte. Architekt Gruber sei bei der Besprechung in Osnabrück dabei gewesen und könne sich an die Aussage erinnern, dass eine gewisse Skepsis gegenüber PV-Anlage bestehe, weil die Gesamtökobilanz bis heute nicht nachgewiesen sei.

**Architekt Gruber** bestätigt, es sei gesagt worden, die DBU fördere nur, wenn es sich um ein extrem ambitioniertes Vorhaben handle und normale Standard-PV-Anlagen werden nicht mehr gefördert.

**Herr Fischer** erklärt, ihm sei gesagt worden, dass eine PV-Anlage nur dann gefördert werde, wenn nachweislich eine innovative Komponente damit verbunden werde. Eine Standard-PV-Anlage werde zwar befürwortet, aber die Investitionskosten würden über die Einspeisung wieder rückvergütet.

**Der Vorsitzende** verliest daraufhin das an die Ausschussmitglieder verteilte Schreiben der DBU. Er bittet Architekt Gruber darzustellen, warum nun nicht mehr vorgeschlagen werde, im Atriumbereich eine PV-Anlage vorzusehen. Die Beschlusslage war, eine PV-Anlage einzubauen, wenn es eine Förderung dafür geben würde.

**Architekt Gruber** merkt an, wegen des Energieeintrages sei die Glasdachfläche im Atriumbereich reduziert worden. In dem Bereich wäre zur Verschattung eine PV-Anlage vorgesehen gewesen. Aufgrund der eingeholten Preise würde der Quadratmeter 1.200 € mehr kosten und wäre im Vergleich zur einer Energieausbeute von 30 % zu teuer.

**Kreisrat Kuhn** fragt, ob gegen gerechnet worden sei, was in dem Zeitraum der Amortisation an Strom eingespart werden könnte. Erst dann könnte gesagt werden, ob es sich lohne oder nicht.

**Architekt Gruber** erklärt, wenn die Energieausbeute geringer und der Preis für eine normale PV-Anlage teurer sei, dann multipliziere sich die

Amortisationszeit. Er denkt, eine PV-Anlage würde hier wenig Sinn machen.

**Kreisrat Schwimmer** fragt, ob eine spätere Aufständigung einer PV-Anlage von der Traglast her möglich wäre.

**Architekt Gruber** verneint dies, weil eine Folienabdeckung vorgesehen sei.

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, eine Photovoltaikanlage sollte keine Grundsatzdebatte sein. Der Neubau FOS/BOS sei eine Sondersituation Passivhaus mit einem Standard, der im Landkreis noch nicht vorzufinden sei und der Landkreis werde mit dem Projekt federführend sein. Er denkt, die Ausführung von Architekt Gruber zeige, dass die DBU sagt, ein Haus mit diesem energetischen Standard habe es nicht mehr nötig, Mittel zu verwenden, die sich nicht unbedingt amortisieren, nur um die „Null-acht-fünfzehn-PV-Anlage“ zu installieren. Ansonsten spreche er sich auch dafür aus, bei Möglichkeit an öffentlichen Gebäuden solche PV-Anlagen zu installieren. Bei diesem Projekt mit Mehrkosten von einem Drittel einer Standardbauweise sollte der Kosten-Nutzen-Effekt bedacht werden und verantwortungsvoll mit Steuermitteln umgegangen werden.

\*\*\*

**Der Vorsitzende** merkt an, Herr Kerfers sei anwesend und es müsste dringend über den Steingarten in den Themenhöfen beraten werden. Von der Schulleitung sei gesagt worden, dass dieser Themengarten eine Fehlplanung sei und er möchte diese Behauptung so nicht stehen lassen. Er denkt, dass diese Angelegenheit nichtöffentlich beraten werden sollte. Er schlägt vor, dass die Ausschussmitglieder nun den Themengarten besichtigen und dann später die Diskussion weiter geführt werden sollte.

**Kreisrätin Dieckmann** fragt, ob der Schulleiter Dr. Bendl dazugeholt werden könnte.

**Der Vorsitzende** antwortet, der Schulleiter, Dr. Bendl sei natürlich eingeladen worden.

Es folgt die Besichtigung des Themenhofes (nichtöffentlich).

\*\*\*

**Kreisrat Kuhn** merkt weiter an, es wäre ein i-Tüpfelchen, eine PV-Anlage zu errichten. Viele Landwirte machen das nicht aus ökologischer Sicht, sondern weil die wissen, dass es sich lohne. Warum sollte der Landkreis das nicht tun. Es wäre wirtschaftlich machbar. Wenn sich PV-Anlagen nicht rechnen würden, würden viele diese nicht machen.

**Der Vorsitzende** denkt, es sollte nicht eine individuelle Situation, die von einzelnen Gebäudeeigentümern als sinnvoll erachtet werde, auf jede andere Anlage übertragen werden.

**Kreisrat Hofstetter** bittet in der nächsten Sitzung um Darstellung, wie hoch die Bewirtschaftungskosten wären.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL



**Der Vorsitzende** antwortet, die Bewirtschaftungskosten müssen im Konzept eingerechnet werden. Die DBU fördere nur, wenn insgesamt ein sehr niedrig energiehausmäßiges Niveau deutlich unterschritten würde. Eigentlich dürfe bei dem Projekt ein Fremdbezug von Energie gar nicht sein. Das Projekt sei einzigartig in der ganzen Bundesrepublik Deutschland.

**Kreisrat Utz** meint, gerade Kommunalpolitiker sollten sich nicht blenden lassen, weil es für PV-Anlagen Zuschüsse gebe. Das Ganze sollte volkswirtschaftlich auch sinnvoll sein. Eine PV-Anlage rechne sich nur, weil sie indirekt über Rieseneinspeisevergütungen finanziert werde und über die Stromrechnung alle das mitzahlen.

**Kreisrat Biller** weist darauf hin, dass auch kein unwesentlicher Teil der Dachfläche als Erweiterungsfläche angedacht sei.

**Der Vorsitzende** stimmt dem zu, mit einer PV-Anlage würde auch eine Erweiterungsmöglichkeit verbaut werden.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, sei eine Abstimmung erforderlich. Er fragt Kreisrat Kuhn, ob er bezüglich einer PV-Anlage einen Antrag stellen möchte.

**Kreisrat Kuhn** sagt, wenn keine PV-Anlage gebaut werde, könne er der Planung nicht zustimmen.

**Kreisrat Ways** stellt fest, die Kosten haben sich auf ca. 18 Mio € erhöht. Im Haushalt seien 16,5 Mio € eingeplant.

**Der Vorsitzende** erklärt, die Kosten haben sich nicht erhöht, es seien die Grundstückskosten und Grunderwerbskosten nicht eingeplant gewesen. Das Grundstück sei im letzten Jahr schon erworben worden. Die Zuordnung sei nun erfolgt.

**Kreisrat Kuhn** sagt, er könne dem nicht zustimmen. Er beantrage eine PV-Anlage.

**Der Vorsitzende** fragt Architekt Gruber, ob er die Aussage machen kann, dass eine PV-Anlage beim Neubau der FOS/BOS wirtschaftlich nicht sinnvoll sei.

**Architekt Gruber** bestätigt, eine PV-Anlage sei hier nicht sinnvoll.

**Der Vorsitzende** bringt den Vorschlag von Kreisrat Kuhn, eine PV-Anlage im Atriumbereich anzubringen, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung 10 : 2 Stimmen.**

Daraufhin bringt er folgenden Beschluss zur Abstimmung:

BauEn/0004-14

1. a) Der vorgestellten Ausführungsplanung Architektur wird zugestimmt.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

- b) Der vorgestellten Ausführungsplanung Heizung/Lüftung/Sanitär wird zugestimmt.
- c) Der vorgestellten Ausführungsplanung Elektro wird zugestimmt.
- d) Der vorgestellten Ausführungsplanung Außenanlagen wird zugestimmt.
- e) Der vorgestellten Ausführungsplanung Küche wird zugestimmt.

2. Der überarbeiteten Gesamtkostenberechnung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

**Kreisrat Wiesmaier** erinnert, bei der Besichtigung in Klaus sei gesagt worden, dass während der Bauphase zügig derjenige eingebunden werde sollte, der das Ganze nach der Fertigstellung zu betreuen habe. Er fragt, ob bereits eine Stellenausschreibung erfolgt sei, etc. Er denkt, das sei entscheidend für den nachfolgenden Betrieb, hier jemanden frühzeitig einzubinden.

**Der Vorsitzende** antwortet, seines Wissens sei die Stelle bereits im Stellenplan vorgesehen. Ab dem Zeitpunkt der Installation müsse die Person eingebunden sein. Das Sachgebiet 10 – Personal sei davon unterrichtet.

## **2. Schulen des Landkreises Sonderpädagogisches Förderzentrum Dorfen**

### **Bestandsaufnahme, zusätzlicher Raumbedarf und Lösungsalternativen**

**Vorlage: 2008/0394**

**Der Vorsitzende** begrüßt die Schulleiterin vom Sonderpädagogischen Förderzentrum Dorfen, Frau Schober und den Architekten Burkhardt.

Er erinnert, das Förderzentrum sei 1995 als Außenstelle des Sonderpädagogischen Förderzentrums Erding gebaut worden. Bestimmte Räume seien deshalb damals nicht vorgesehen worden. In der Zwischenzeit habe sich auch die Pädagogik geändert, schulvorbereitende Einrichtungen haben zugenommen. Er weist darauf hin, dass insgesamt nicht mehr Schüler an der Schule seien, die Schülerzahlen sogar leicht sinken, aber die SVE-Gruppe stark nachgefragt werde.

Er sei mit der Schulaufsicht an der Regierung von Obb. übereingekommen, dass der Bedarf ermittelt und dann geprüft werde, wie ein Ausgleich erfolgen könnte. Es sei ein Raumbedarf von ca. 450 qm ermittelt worden.

Der Vorsitzende geht davon aus, dass es entsprechende Fördermittel geben wird, wenn der neue pädagogische Ansatz ausgebaut werden solle. Er weist darauf hin, er habe veranlasst, das Schulentwicklungsgutachten fortzuschreiben, um auf den neuesten Stand zu sein. In einer der

nächsten Sitzungen, voraussichtlich am 13.10.2008, werde das Schulentwicklungskonzept vorgestellt werden.



**Kreisrat Wiesmaier** fragt, ob im Haushalt für eine eventuelle Erweiterung des Sonderpädagogischen Förderzentrums Dorfen schon Mittel eingeplant seien.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

**Der Vorsitzende** antwortet nein, für eine Erweiterung müssten im Haushalt 2009 Mittel eingeplant werden.

Büro des Landrats  
BL

**Architekt Burkhardt** erklärt anhand des Lageplans die Schule, zeigt Fotos und erklärt das Raumprogramm mit der derzeitigen Situation. Weiter zeigt er die ursprüngliche Planung mit den Flächen und der Nutzung im kommenden Schuljahr.

**Der Vorsitzende fragt**, ob verschiedene Räume nicht so ertüchtigt werden könnten, dass sie als Schulraum genutzt werden könnten.

**Architekt Burkhardt** antwortet, diese Räume seien reine Kellerräume mit keiner natürlichen Belichtung, usw. und als Schulräume nicht geeignet. Im Weiteren zeigt er drei verschiedene Erweiterungsmöglichkeiten. Eine Möglichkeit wäre, auf dem Eingangsniveau ein zweigeschossiges Gebäude mit je 250 qm Nutzfläche anzubauen. Nachteil der Lösung wäre, dass das Treppenhaus von den Höhen her nicht übereinstimmen würde. Es müsste der Bestand behindertengerecht umgebaut und zusätzlich ein Aufzug eingebaut werden. Problematisch sei auch, dass bei der Lösung ein Spielfeld verloren gehen würde.

Die nächste Variante wäre, den untergeschossigen Flügel aufzustocken und ein Gebäude drauf zu bauen, das südorientiert zum Pausenhof wäre. Das Problem sei der Brandschutz und die behindertengerechte Anbindung. Der Aufwand wäre erheblich und vorhandene Räume würden auf zwei Ebenen verloren gehen.

Der dritte Ansatz sei, den untergeschossigen Flur mit zu nutzen und an der Nordwestseite den Anbau zu machen. Durch eine Geländeanpassung (Lichthof) könnte eine Belichtung hergestellt werden. Er zeigt dazu Skizzen.

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, bevor intensiv in die Planungen eingestiegen werde sei es wichtig zu untersuchen, inwieweit es eine Förderung für einen Anbau geben würde. Erst dann sollten Mittel im Haushalt 2009 bereitgestellt werden.

**Kreisrat Hofstetter** stimmt dem zu, für eine Erweiterung werden ca. 1 Mio. € notwendig. Er erinnert, dass auch für den Neubau der FOS/BOS Mittel zu zahlen seien. Zunächst sollte die Zuschussfrage geklärt werden. Wenn es notwendig sei, sollten diese Investitionen jedoch getätigt werden und bei anderen Dingen geprüft werden, wo eingespart werden könnte.

**Kreisrätin Dieckmann** schließt sich dem an und denkt, es sollte die Schulleiterin nach dem Bedarf gefragt werden, weil es viele Kinder mit Problemen gebe.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Schulleiterin Schober** berichtet, der Raumbedarf sei aufgrund der schulpolitischen Entwicklungen in den letzten Jahren gestiegen. Grundsätzlich sei eine Stagnation bei der Klassenbildung festzustellen. Es seien keine zusätzlichen Klassen gebildet worden, sondern zusätzlich eine SVE-Gruppe gebildet worden. Der Bedarf solcher Gruppen werde wahrscheinlich weiter steigen. Das Angebot könne jedoch nur in dem Umfang geleistet werden, wie Personal zur Verfügung stehe. Derzeit sei Personal für zwei Gruppen vorhanden. Sie denke, mittel- bis langfristig werde der Bedarf so bleiben. Vom Kultusministerium werde gewünscht, dass dieser präventive Bereich gestärkt werde. Dies sei jedoch nur ein Baustein. Es gebe noch eine zweite Veränderung: die BLO: Berufs- und Lebensorientierung. Die Jugendlichen sollen intensiver auf das Berufsleben vorbereitet werden. Dazu seien Maschinen, usw. notwendig, wo Schüler Tätigkeiten erproben können. Sie betone, das Förderzentrum Dorfen sei als Zweigstelle geplant worden und viele Dinge seien damals nicht für eine selbständige Schule konzipiert worden.

**Kreisrat Fischer** unterstütze das Vorhaben, jedoch sollte der Absatz 2 im Beschlussvorschlag gestrichen werden. Er denke, der Landkreis verschließe sich damit jegliche weiteren Vorschläge.

**Der Vorsitzende** erkläre, Grundlage sei, das Raumprogramm mit der Reg. v. Obb. abzustimmen. Er formuliere folgenden Beschlussvorschlag:

BauEn/0005-14

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Regierung von Oberbayern ein förderfähiges Raumprogramm abzustimmen und dieses erneut dem Ausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

### **3. Bekanntgaben und Anfragen**

#### **3.1. Sonnenschutz am neuen Gymnasium**

**Kreisrätin Dieckmann** frage, welche Maßnahmen möglich wären, weil im Sommer der Sonnenschutz an der Südseite am neuen Gymnasium nicht ausreichend sei.

**Architekt Burkhardt** betone, ein Sonnenschutz sei vorhanden. Es sei bei den Planungen damals ein Passivhauskonzept vorgestellt worden, das jedoch nicht weiter verfolgt worden sei. Ein Sonnenschutz über die Balkonsituation, der bis auf die Höhe der Geländer nach unten fährt, sei vorhanden und es sei nachgewiesen, dass damit die hoch stehende Sommersonne aus dem Klassenzimmer weitestgehend herausgehalten werde.

**Kreisrätin Dieckmann** schläge vor, dass der Ausschuss im Sommer den Sonnenschutz besichtigen sollte. Dem stimme **der Vorsitzende** zu.

#### **3.2. Zeitplan FOS/BOS**

**Kreisrätin Dieckmann** fragt, wie der Zeitplan beim Neubau FOS/BOS aussehe, wann mit dem Baubeginn gerechnet werde, etc., weil jetzt schon am neuen Gymnasium Container aufgestellt worden sind.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** antwortet, die Fachleute seien nicht mehr anwesend. Seines Wissens stehe der Neubau FOS/BOS kurz vor der Ausschreibung. Für die Ausschreibung sei aber noch eine Entscheidung der Reg. v. Obb. wegen einem Generalunternehmerbonus erforderlich. Er habe inzwischen Minister Hermann um eine schnelle Entscheidung gebeten. Es werde ein Generalunternehmerbonus in Höhe von ungefähr 16 % angenommen, der Grundlage der Ausschreibung sei. Die Reg. v. Obb. fordere eine Parallelausschreibung, Einzelgewerke und Generalunternehmer.



### 3.3. Zusätzlicher Container am neuen Gymnasium Erding

**Kreisrätin Dieckmann** berichtet, am neuen Gymnasium seien bereits die Container aufgestellt worden. Sie fragt, ob noch ein zusätzlicher Container aufgestellt werden könnte.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

**Der Vorsitzende** sagt, es werde ein weiterer Viererblock aufgestellt werden, der derzeit an die Stadt Erding ausgeliehen sei.

Büro des Landrats  
BL

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie um 17.45 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte